



Dringliche Interpellation

62/26 betreffend Städteverband Stellung zu Bilaterale III

Einleitung

Am 30. September 2026 hat der Schweizerische Städteverband in einer Medienmitteilung unmissverständlich Stellung bezogen: Er lehnt ein Ständemehr bei den Bilateralen III klar ab. Begründung unter anderem: Ein Ständemehr würde das Stimmgewicht der urbanen Bevölkerung "unverhältnismässig schmälern". Gleichzeitig wird das Ständemehr als "Pfeiler des Föderalismus" bezeichnet – ein Widerspruch, der Fragen aufwirft.

Die Gemeinde Emmen ist Mitglied des Schweizerischen Städteverbandes. Die Gemeindepräsidentin sitzt sogar im Vorstand des Verbandes. Vor diesem Hintergrund stellen sich dringende Fragen: Welche Haltung vertritt der Emmer Gemeinderat? Inwieweit werden solche weitreichenden staatspolitischen Positionen des Verbandes von den Mitgliedsgemeinden mitgetragen, legitimiert oder zumindest transparent kommuniziert? Und wo endet die legitime Interessenvertretung urbaner Gemeinden – und wo beginnt eine Überschreitung des Mandats?

Fragen an den Gemeinderat

1. Teilt der Gemeinderat die Forderung des Städteverbandes nach einem Verzicht auf das Ständemehr bei den Bilateralen III ausdrücklich?
2. Wurde der Gemeinderat (oder die Gemeindepräsidentin in ihrer Vorstandsfunktion) vor der Veröffentlichung der Medienmitteilung konsultiert, informiert oder in die Positionseinnahme einbezogen?
3. Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass der Städteverband mit dieser Forderung die konkreten Interessen der Gemeinde Emmen vertritt – und falls ja, auf welcher Grundlage?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat die Aussage, das Ständemehr würde die urbane Bevölkerung "unverhältnismässig" benachteiligen? Sieht er darin eine sachliche Analyse oder eine politisch motivierte Zuspitzung?
5. Erachtet der Gemeinderat staatspolitische Stellungnahmen dieser Tragweite (Verfassungsfragen, Stimmrechtsgewichtung, Föderalismus) überhaupt als Kernaufgabe des Städteverbandes – oder überschreitet der Verband damit sein Mandat als Interessenvertretung der Städte und Agglomerationen?
6. Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat, wenn der Städteverband politische Positionen vertritt, die von Emmen weder beschlossen noch ausdrücklich legitimiert wurden?

7. Plant der Gemeinderat, den Austritt der Gemeinde Emmen aus dem Schweizerischen Städteverband zu prüfen, falls der Verband weiterhin Positionen vertritt, die nicht den Interessen oder dem Willen der Gemeinde entsprechen?
8. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Mitgliedschaft im Städteverband und die damit verbundenen Kosten (rund CHF 20'000 pro Jahr) den konkreten Nutzen für Emmen widerspiegeln – und nicht primär der nationalen Agenda einzelner Vorstandsmitglieder dienen?
9. Plant der Gemeinderat, die Haltung der Gemeinde Emmen zu den Bilateralen III und insbesondere zur Frage des Ständemehrs intern zu klären und der Bevölkerung transparent zu kommunizieren?

Emmenbrücke, 2. Oktober 2026

Im Namen der SVP Fraktion

René Marti